

The SPD logo is a white square with the letters 'SPD' in bold, black, sans-serif font. It is positioned in the upper left corner of the image, partially overlapping a red diagonal graphic element.

SPD

The background of the entire page is a photograph of a large, light-colored municipal building with a red-tiled roof and a central gable. In front of the building is a paved square with several trees, benches, and a trash can. The sky is clear and blue.

**Kommunalwahlprogramm 2016 –
Verantwortung auch für morgen.**

Vorwort	3
1. Kommunale Finanzen	4
2. Wirtschaft und Arbeit	5
3. Wohnungsbau	7
4. Verwaltung	7
5. Soziales, Familie, Gesundheit	
a. Kinder und Jugendliche	8
b. Kinder und Familie.....	9
c. Zuwanderung	10
d. Pflege	10
e. Gesundheit.....	11
6. Umweltpolitik	
a. Stadtentwicklung	12
b. Verkehr.....	13
c. Freiraumplanung.....	14
d. Trinkwasserversorgung	15
e. Energie.....	16
f. Naturschutz.....	16
g. Biotope.....	17
7. Sicherheit und Ordnung	17
8. Bildung, Kultur, Sport	17
a. Kita und Schule	18
b. Sportförderung	19
c. VHS	19
d. Kulturelle Angebote.....	20
e. HWK	20
f. Fachhochschule	21
Kontakt:	24

Liebe Delmenhorsterinnen und Delmenhorster,

in diesem Jahr finden am 11. September Kommunalwahlen in Niedersachsen statt und wir dürfen einen neuen Stadtrat wählen.

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort. Hier wird über Schulen, Kinderbetreuung, Straßen und Wege, Bebauungsplanung, Bevölkerungsschutz, Krankenhäuser, Freizeitangebote und die Entwicklung unserer Stadt entschieden.

Vor Ihnen liegt das Wahlprogramm der SPD, in dem wir unsere Schwerpunkte für die politische Arbeit der nächsten 5 Jahre skizzieren.

Die SPD steht für:

- eine sozial gerechte und demokratische Politik, die sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientiert
- solide Finanzpolitik
- mehr Arbeitsplätze in der Region durch eine bessere Wirtschaftsförderung
- bezahlbare Wohnungen für alle
- eine moderne, bürgerfreundliche Verwaltung
- eine moderne Familienpolitik und bessere Kinderbetreuung
- eine bessere Sozial- und Jugendpolitik
- die umweltverträgliche Nutzung von regenerativen Energien
- den Erhalt der Graft
- einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr
- eine bessere Bildungspolitik mit gleichen Bildungschancen für alle

Sollten Sie Fragen haben, zögern Sie nicht die SPD oder ihre Kandidatinnen und Kandidaten direkt anzusprechen. Das Programm ist im Netz verfügbar. So können Sie uns auf diesem Weg Ihre Kritik und Ihre Anregungen mitteilen.



Wir haben dieses Programm auch für Menschen mit geringen deutschen Sprachkenntnissen oder Schreib- und Leseschwächen geschrieben. Wir wollen, dass alle Einwohner unserer Stadt erfahren, wo die SPD in den nächsten Jahren ihre kommunalpolitischen Schwerpunkte sieht. Sie können das Programm in Leichter-Sprache an unseren Informationsständen erhalten oder im Internet nachlesen.

Auch Sie können die Zukunft unserer Stadt mitgestalten. Gehen Sie bitte zur Wahl oder machen Sie von Ihrem Briefwahlrecht Gebrauch. Helfen Sie mit, dass die SPD eine **Mehrheit für eine sozial gerechte Politik erhält.**

**Darum bitten wir Sie:
Ankreuzen und nicht abhaken.**



1. Kommunale Finanzen



Der städtische Haushalt ist seit längerem in Einnahmen und Ausgaben nicht mehr ausgeglichen. Es fehlen seit dem Jahr 2011 Jahresabschlüsse und Statusberichte zum Haushalt.

Neben den langfristigen Krediten wurden Aufgaben vermehrt aus Kassenkrediten (vergleichbar mit einem privaten Überziehungskredit) finanziert. Die Kassenkredite und Altschulden müssten zurückgeführt werden, gleichzeitig sind die laufenden, teils kontinuierlich ansteigenden kommunalen Ausgaben zu finanzieren.

Die strukturellen Probleme sind nur anzugehen, wenn es zu einer gerechteren Finanzordnung in der Bundesrepublik kommt. Bei einer Neuregelung des Länderfinanzausgleichs muss mehr als bisher der Finanzbedarf der Kommunen bedacht werden. Eine gesamtstaatliche Regelung zur Tilgung der Altlasten muss die Kommunen von Altschulden entlasten. Wir begrüßen die Arbeit und Ergebnisse der Interfraktionellen Arbeitsgruppe des Delmenhorster Stadtrates mit der DGB-Initiative „Herstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit“ und werden weiterhin für eine bessere finanzielle Ausstattung unserer Stadt durch Land und Bund streiten.

In Niedersachsen werden wir dafür werben, den Länderfinanzausgleich wieder mehr an den Sozialkosten der Kommunen auszurichten.

Land und Bund müssen zusammen mit den Kommunen für gleiche Lebensverhältnisse sorgen. Davon sind wir in Deutschland weit entfernt. Das von Land und Bund zur Verfügung gestellte Geld muss deutlich erhöht werden.

Aus Delmenhorst regen wir an, auf Landes – und Bundesebene folgende Maßnahmen umzusetzen, damit auch die Wohlhabenden sich stärker an der Finanzierung beteiligen:

- Die pauschalierte Abgeltungssteuer/Kapitalertragssteuer ist ungerecht und muss umgehend abgeschafft werden.
 - Die geerbten privaten Vermögen sollten angemessen, d.h. analog zur Höhe der Einkommens- und Lohnsteuer, herangezogen werden zur Finanzierung des Gemeinwesens.
 - Die Flüchtlingsintegration sollte Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land werden. Sie muss aus Sondervermögen aufwandsgerecht finanziert werden, damit es nicht zu Lasten anderer Sozialleistungen in den Kommunen geht.
 - Die Börsenumsatzsteuer muss endlich eingeführt werden.
 - Wiedereinführung der Vermögenssteuer
 - Der Bund muss seine Zusage einlösen und die Kommunen von ihrem Teil der Eingliederungskosten für Menschen mit Behinderungen befreien.
- Dies brächte Delmenhorst finanziellen Spielraum von rund 5 Mio. Euro jährlich.

Eine maßvolle Ausgabenpolitik bedeutet, dass jeweils nur das Notwendige aus dem Haushalt der Stadt finanziert wird.

Dies setzt voraus, dass die eigenen Einnahmen der kreisfreien Kommune Delmenhorst jeweils so erhoben werden, wie dies andere vergleichbare Kommunen praktizieren.

Um die städtischen Personalkosten stabil zu halten, werden neue Stellen in der Verwaltung nur bei besonderer Dringlichkeit geschaffen. Wenn es geht, sind andere Stellen abzubauen.

Die privatwirtschaftlich geführten Betriebe der Stadt (Stadtwerke, ADG, GSG und andere) müssen grundsätzlich eine jährliche Rendite an die Stadt zahlen und haben dafür Abführungsverträge abzuschließen.

Nach neuem Haushaltsrecht hat der „Konzern“ Stadt seine Ausgaben und Einnahmen insgesamt zu bilanzieren. Die Organisation der Ratsarbeit ist dem bisher nicht gefolgt. Der Ausschuss für Finanzen hat durch die gesetzliche Neuregelung die Gesamtverantwortung für alle Budgets und Wirtschaftspläne zu tragen. Solange dies auch der Fall war, waren die Einnahmen und Ausgaben der Stadt ausgeglichen. Mit der letzten Verwaltungsreform und der Budgetverantwortung in einzelnen Bereichen ist die Gesamtübersicht verloren gegangen. Diese muss wiederhergestellt werden. Damit würde in erheblichem Umfang Verwaltungsarbeit eingespart werden. Die SPD Delmenhorst wird sich weiterhin für eine verständliche und offene Darstellung des Haushalts der Stadt einsetzen.

Die Stadt wird nach Vorstellung der SPD zukünftig mit einer Fördermittelagentur zusammenarbeiten oder eine eigene Stelle schaffen, um aus bundesdeutschen und europäischen Fonds, Stiftungen und Programme für Projekte in allen Politikbereichen der Stadt Geld einzuwerben.

Wir werden die Stadt auffordern, einen Personal-Entwicklungsplan aufzustellen. Die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes sollen die bisherige Organisations- und Aufgabenstruktur überprüfen.

2. Wirtschaft und Arbeit



Die Wirtschaftsbetriebe der Daseinsvorsorge (Stadtwerke, Krankenhaus, Volkshochschule u.a.) haben eine hohe Ortsbindung und sind ein Hauptarbeitgeber in Delmenhorst. Diese Betriebe und ihre Geldflüsse sind für die Delmenhorst Arbeitsmarktlage und die Finanzkraft der Stadt von besonderer Wichtigkeit.

Mit Unterstützung der SPD wurden für den Neubau des Krankenhauses in der Stadtmitte bis 80 Mio. Euro vom niedersächsischen Sozialministerium zugesagt.

Für ein gutes Funktionieren des neuen Krankenhauses ist eine vernünftige Bau- und Verkehrswegeplanung einschließlich der notwendigen Parkplätze notwendig.

Die SPD wird weiterhin das zukünftige Krankenhaus in der Stadtmitte aktiv unterstützen. Der Standort belebt die Innenstadt und ist für die Kaufleute eine neue Chance.

Die Stadtplanung wird auf Anstoß aus der SPD Fraktion für dieses 80 Mio.-Euro Projekt sofort nach der Kommunalwahl 2016 ein Verkehrskonzept mit etlichen Nachbesserungen der Bauleitplanung in der Innenstadt zur Beratung vorzulegen haben.

Die Wirtschaftsförderung wird von der SPD in ihrer Entwicklung unterstützt.

Maßnahmen aus dem bereits vorhandenen Stadtentwicklungskonzept sollen vorrangig umgesetzt werden.

Planung und Projektbetreuung hat unter sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten zu erfolgen.

Das Stadtmarketing wird von der SPD in seiner Entwicklung unterstützt.

Mehr als bisher müssen Leerstände in der Innenstadt durch kreative Maßnahmen beseitigt werden.

Bei der Hertie-Immobilie ist die SPD sehr am Gelingen interessiert, weil dies den östlichen Teil der Fußgängerzone deutlich aufwerten würde. Bleiben die großen Einzelhändler als Mieter aus, so müssen innenstadtaugliche Kompromisse gefunden werden (z.B. Dienstleistungen, Wohnen u.a. mehr).

Den Unternehmen in Delmenhorst steht eine aktive Wirtschaftsförderung zur Verfügung, die gegenüber neuen und eingesessenen Unternehmen innerhalb der Verwaltung Lotsendienste wahrzunehmen hat und dafür sorgen muss, dass den Fachbereichen vollständige Anträge vorgelegt werden und die notwendigen Entscheidungen zügig erfolgen.

Die erschlossenen Gewerbeflächen sind sofort zu vermarkten. Vorratsflächen für Ansiedlungen sind rechtzeitig zu erschließen. Interkommunale Zusammenarbeit ist zu fördern. Neue Gewerbeflächen sind auszuweisen.

Delmenhorst braucht dringend eine vielfältig nutzbare Stadthalle.

Die Infrastruktur in der Stadt muss fortlaufend modernisiert werden.

Jugendliche, die nach Beendigung der Schule nicht vom Ausbildungsmarkt aufgenommen werden, sollen in Jugendwerkstätten die Befähigung zur Ausbildung erhalten. Dies schließt auch die Möglichkeit zur Erlangung des oft fehlenden Schulabschlusses ein. Diese jungen Menschen sollen in Sozialbetrieben im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf den Arbeitsmarkt und eine mögliche wirtschaftliche Selbstständigkeit vorbereitet werden. Das Jobcenter und die Arbeitsagentur müssen diese Instrumente auch bei Nichterfüllung von Vermittlungsquoten fördern.

Verkehrsbeschränkungen aufgrund fehlender Verkehrssicherheit darf es für Anlieger und Unternehmen, wie z.B. in der Dwostraße, nicht erneut geben.

Junge Menschen sind zu qualifizieren und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Berufs-

fängern in der städtischen Verwaltung und in den stadteigenen Betrieben werden tariflich entlohnte Arbeitsplätze angeboten. Qualifizierung und tarifliche/auskömmliche Bezahlung sollen auch bei mit Steuergeldern geförderten Unternehmungen langfristig zur Bedingung gemacht werden.

Die städtischen Unternehmen, auch wenn sie privatwirtschaftlich geführt sind, werden nicht privatisiert und bleiben Eigentum der Stadt. In Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen muss von allen Entscheidungsbeteiligten und Beschäftigten die Anti-Korruptionsrichtlinie dauernd beachtet und abgezeichnet werden.

3. Wohnungsbau



Die Stadt Delmenhorst hat seit vielen Jahren einen erheblichen Bedarf an neuen Wohnungen. Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis. Deshalb ist bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen gleich wichtig. Es wird allerdings immer schwerer, für Familien mit geringem Einkommen, für Menschen mit Einschränkungen, Studenten, Azubis und Zuwanderer geeigneten Wohnraum zu finden. Die Stadt muss daher den besonders wichtigen Bedarf an Sozialwohnungen gewährleisten, weil der freie Markt diesen Bedarf nicht hinreichend deckt, sondern lediglich den Bedarf an Spekulationsobjekten.

Die SPD fordert, sofort umgehend den konkreten Bedarf an Sozialwohnungen für Delmenhorst anhand der Untersuchungen des renommierten Pestel - Institutes zu ermitteln und möglichst mit Unterstützung durch das Land Niedersachsen hinreichend finanzielle Mittel aufzubringen, um den erforderlichen Wohnraum zu schaffen. Vorsorglich sollte die Stadt alle, insbesondere die gemeinwirtschaftlich/genossenschaftlich orientierten Wohnungsbaugesellschaften einladen und ein Programm zur Schaffung neuer Sozialwohnungen auflegen, ohne die Bausünden der 1960/70 – iger Jahre zu wiederholen. Zu einer solchen Forderung gehört ein Konzept, wie man die in der Region ansässigen Bauträger und die stadteigene GSG so stellen kann, dass sie trotz Mietobergrenzen kostendeckend (ähnlich wie in Oldenburg) vermieten können. Auf Landesebene fordern wir ein Mietschutzrecht für Niedersachsen, in dessen Mittelpunkt eine Mietpreisbremse auf angespannten Wohnungsmärkten und Mindeststandards für Mietwohnungen stehen sollen.

4. Verwaltung



Die SPD Fraktion wird mit der Verwaltung vertrauensvoll zusammenarbeiten und begrüßt die derzeit in Arbeit befindliche Überprüfung des Aufgabenumfangs in der Stadtverwaltung. Wir erwarten aber zukünftig, und werden es bei Bedarf deutlich einfordern, dass die Verwaltung die Politik frühzeitig, kurz und knapp, und nachvollziehbar, an der Vorbereitung von Entscheidungen beteiligen wird.

Die SPD begrüßt die derzeit in Arbeit befindliche Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung in der Stadtverwaltung. Aufgaben verändern sich fortlaufend. Dies zwingt dazu,

auch fortlaufend die Erledigung mit den vorhandenen Ressourcen gut zu schaffen. Die Verwaltung soll ein Zukunftskonzept für Delmenhorst erneut und aktualisiert entwickeln, um frühzeitig städteplanerische Entscheidungen aus einem Gesamtkonzept zu entwickeln (z.B. Einzelhandelskonzept, Freiflächenkonzept, Klimaschutzkonzept, Stadtentwicklungsplan, Verkehrsentwicklungsplanung u.a.).

Sicherzustellen ist auch, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mehr mit der Entscheidungsfindung in der Ratspolitik vertraut gemacht werden.

Mehr als bisher sollte für ein Vorschlagswesen aus der Verwaltung an die Politik geworben werden, denn die erfahrenen Praktiker müssen in die Optimierungsberatung der Politik angesichts der knappen Ressourcen unbedingt einbezogen werden. Nur so können - noch vorhandene Doppelstrukturen zu Lasten des Haushaltes - identifiziert und abgeschafft werden.

Das städtische Rechnungsprüfungsamt soll neben den gesetzlichen Aufgaben in Stadtverwaltung und städtischen Betrieben die Antikorruptionsaufgaben wahrnehmen.

5. Soziales, Familie und Gesundheit



a. Kinder- und Jugendhilfe

Die Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit den gemeinnützigen Aufgabenträgern wollen wir stärken. Rat und Fachverwaltung bestimmen die Bedarfe und stellen für die Nachfrage das notwendige Geld bereit. Die notwendige Hilfe muss jedoch in dem „Dreiecksverhältnis“ aus einem vielfältigen Angebot gewählt werden können (z.B.: Jugendamt – Kindergarten- Eltern und Kinder) In der Kinder- und Jugendhilfe halten wir an den Direktvergaben von Aufgabenträgerschaften fest und verzichten auf öffentliche Ausschreibungen. Kinder- und Jugendhilfe ist kommunale Daseinsvorsorge. Bei den Bedarffeststellungen wird sich die Verwaltung an den Standards orientieren, die bundesweit gelten. Versorgungsgrade werden zukünftig dargestellt, wie dies bei den Landes- und Bundesbehörden zur Durchführung der relevanten Gesetze üblich ist. Die Therapiekette für Kinder und Jugendliche in Delmenhorst muss deutlich ausgebaut und verbessert werden. Unabhängig von jugendlichen Flüchtlingen sind ein betreutes Wohnangebot bzw. geeignete Angebote für die längerfristige Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen zu schaffen.

In Delmenhorst haben angesichts knapper Ressourcen wichtige Schritte stattgefunden für das inklusive Leben junger Menschen mit Behinderung.

In Krippe und Kita wird in der Regel inklusiv gelebt, Förderbedarfe werden qualifiziert erhoben und weitestgehend sichergestellt. Dies gilt auch bereits für viele Grundschulkinder. Das Angebot der Mobilen Dienste ist auszubauen. Ziel muss es sein, alle Grundschulen und schrittweise auch die weiterführenden Schulen aufzunehmen, damit alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu diesem wichtigen Beitrag zur Inklusion haben.

Die von der SPD initiierte stadtteilbezogene soziale Arbeit (bisher im Wollepark und in Düsternort) ist erfolgreich, deshalb soll sie ausgeweitet werden.

Die SPD fordert die Entwicklung einer quartiersbezogenen sozialräumlichen Sozialplanung für das gesamte Stadtgebiet.



b. Kinder und Familie

Der Ausbau des Bildungsangebots Krippe, Kindergarten und Hort (sowie Nachmittagsbetreuung an Grundschulen) als Kindertagesbetreuung ist auf bedarfsgerechtes Niveau zu erhöhen und die Eltern müssen aktiv für diese Bildungsarbeit gewonnen werden.

Die Fachkräfteausbildung in Delmenhorst ist aufzustocken, der Landesschulbehörde sind entsprechende Anträge vorzulegen.

Die begrüßenswerte Familienpflegezeit ist ein gesetzlicher Anspruch, wird aber mangels ausreichender finanzieller Regelung kaum genutzt. Das Instrument des Bundesgesetzgebers ist zu überprüfen und zu qualifizieren, damit es die erhoffte Wirkung entfalten kann.

Erneut soll das Jugendamt bei Unternehmen und Betriebsräten erkunden, ob und wie die Öffnungszeiten der Kitas ausgeweitet werden müssten, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Dabei muss der Rat vor der Erkundung sagen, wie er die teils nur in geringem Umfang nachgefragten Öffnungszeiten finanzieren will.

Umlage auf die darauf angewiesenen Familien verbietet sich.

Gleichzeitig ist in diesem Fall der gesunde Tagesrhythmus der Kinder zu bedenken. Eine Regelöffnung von 8 bis 18 Uhr, ergänzt durch zusätzliche Früh- und Spätdienste, sollte erprobt werden.

Mehr als bisher sind die Angebote der Kinderbetreuung betrieblich ähnlich zu organisieren, wie die Arbeitswelt organisiert ist.

Es muss eine Abkehr vom System fester jährlichen Schließungszeiten und eine ganzjährige Öffnung der Angebote der Tagesbetreuung geprüft werden.

Feste Schließungszeiten bringen viele Familien und Arbeitgeber in Bedrängnis.

Die SPD wird die Einführung einer schrittweisen Freistellung der Eltern von Kita-Beiträgen prüfen lassen und nach Mitteln und Möglichkeiten suchen, diese Gleichstellung der Bildungsangebote Kita und Schule herzustellen.

Sicherzustellen ist in Delmenhorst in Ferienzeiten ein verlässliches Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche.

Für Neugeborene ist erneut die Finanzierung eines mindestens 1 Jahr dauernden Hebammenprojekts zu prüfen. Hebammen werden in den Einsätzen dort wo es geboten ist schnell zu „Familienhelferinnen“ zum Wohle der Kinder und der Eltern, weil sie im Bedarfsfall überleiten an nachfolgende „Helfer“ und nicht erst Defizite entstehen lassen.

Stadt bekommt wieder zunehmend Bedeutung. Kinder und Jugendliche müssen das Miteinander mit anderen und den Umgang mit Konflikten in Lernfeldern einüben, trainiert werden, mit anderen Meinungen und Anschauungen gewaltfrei umzugehen. Deshalb muss diese Bildungsarbeit verstärkt werden, auch um Jugendliche zu befähigen, im Gemeinwesen Aufgaben für andere zu übernehmen. Dazu gehört es auch, Flächen bereitzustellen (intakte Spielplätze, Jugendhäuser, Bolzplätze, Skaterbahn, Musikübungsräume u.a.m.) Die SPD wird dazu ein Konzept einfordern und die Durchführung mit Haushaltsmitteln ausstatten.

Die Kinderspielplätze sind regelmäßig zu warten und instand zu halten. Ein Qualitätsabbau durch Nichtunterhaltung darf nicht erfolgen.



c. Zuwanderung

Die Einwanderung auch nach Delmenhorst wird nur weiterhin erfolgreich geschehen, wenn die Stadt die zivilgesellschaftlichen Partner bei der Integration gleichberechtigt einbezieht. Dabei wird es wichtig sein, neben der zusätzlichen Aufgabe für die Zugewanderten jeweils die bisherigen Aufgaben nicht zu vernachlässigen, um jedwede Konkurrenz zwischen Bevölkerungsgruppen auszuschließen.

Unser Ziel ist die soziale Inklusion, um den Zusammenhalt der Gesellschaft sicherzustellen.

Dazu haben wir Erwartungen an die Landes- und Bundespolitik:

Integration der Zuwanderer ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Kommunen. Dies sollte rechtlich klargestellt werden und dem entsprechen sollten alle öffentlichen Ebenen sich dauerhaft an den Kosten einer frühen und hochwertigen umfassenden Integration (Integrationsfond bilden) beteiligen. Wird kommunal vorgeleistet, so sind die aufgebrauchten Mittel umgehend zu ersetzen.

Teile der Zuwanderer dürfen nicht - wie beim Zuzug der „Gastarbeiter“ - in parallelgesellschaftlichen Ghettos mit eigenen Regeln leben

Kinder und Jugendliche unterliegen nicht den Beschränkungen des Asylbewerberleistungsrechts. Sie haben Anspruch, dass ihre Förderbedarfe neben dem Integrationsbedarf ermittelt und bedacht werden.



d. Pflege

Die ambulante Pflege einschl. einer ambulanten Kranken- und Palliativpflege ist in Delmenhorst bedarfsgerecht vorzuhalten. Mehr als bisher sind neue Konzepte zu erproben (z. B. Nachtpflege wie in Oldenburg). Erste Pilotprojekte in Delmenhorst, in denen ambulantes, auch teilstationäres Pflegen und privates Wohnen in einem Haus angeboten werden, sind vermehrt in der Stadt zu schaffen, denn die Stärkung der Autonomie bei Pflegebedürftigkeit ist ein grundsätzliches Bedürfnis älterer Menschen in der Stadt. Die Vermieter in Delmenhorst sollten mehr als bisher mit den Anbietern von Kranken- und Altenpflege Rahmenvereinbarungen abschließen, damit ihre Mieter im Falle von Beeinträchtigungen die Möglichkeit haben, ambulante Hilfen zu rufen, die behilflich sind, das selbständige Wohnen mit Mietverhältnis nicht vorzeitig aufzugeben.

der Stadt in Palliativpflege qualifizieren.

Die Stadt sollte bei den ambulanten Diensten dafür werben, dass von ihnen verstärkt die nachklinische häusliche Pflege angeboten wird.

Pflege setzt umfängliche Beratung der an Selbständigkeit interessierten Betroffenen voraus. Delmenhorst nimmt aus Steuern finanzierte Beratung vor, allerdings bisher außerhalb eines Pflegestützpunktes. Die Stadt muss endlich an zentraler Stelle in der Innenstadt einen Pflegestützpunkt initiieren, der von den Krankenkassen bezahlt wird.

Das neue Pflegeversicherungsrecht gilt ab 2017 und die Stadt nimmt an den Verhandlungen teil, wenn die Vergütungen für die neuen Pflegegrade vereinbart werden. Dabei wird die Stadtverwaltung angehalten ihre Verhandlungsposition im Fachausschuss regelmäßig zu berichten, tarifliche Vergütungen anzuerkennen, wenn sie denn gezahlt werden. Noch wichtiger ist jedoch, dass die langjährigen personellen Unterbesetzungen mit Pflegepersonal durch geringere Personalbemessung als in anderen Bundesländern nun endlich auch in Delmenhorst beendet wird. Pflege ist Schwerstarbeit mit Schichtarbeit und Wochenenddiensten. Die dort auch in Delmenhorst stattgefundene Arbeitsverdichtung durch zu wenig Personalbemessung darf sich ab 2017 nicht fortsetzen.

Die SPD wird weiterhin dafür eintreten, dass auch im sozialen Bereich die öffentliche Hand den Bedarf ermittelt, die Struktur plant und finanziert, die Aufgabenerledigung aber von Gemeinnützigen, Non-Profit-Organisationen (z.B. DRK, Caritas, Diakonie, AWO, Jüdische Gemeinde, DPWV u.a.) erledigt werden. Ob die bestellte und bezahlte Qualität der Aufgaben erbracht wird, kontrolliert wieder die öffentliche Hand (Subsidiaritätsprinzip).

Den Seniorenbeirat der Stadt wird die SPD Fraktion weiterhin unterstützen in seiner wichtigen Tätigkeit, aber auch bei Beratungen zu Fragen, die die Senioren der Stadt betreffen, einbeziehen.



e. Gesundheit

Das drohende - und lange verkannte - Absinken der klinischen Versorgung auf eine Grundversorgung nach vorheriger Privatisierung wurde in den Jahren 2014/15 durch die Zusammenführung beider Kliniken in Delmenhorst vermieden. Mit maßgeblicher Unterstützung der SPD wurde die damalige Verwaltung durch einvernehmlichen Ratsentscheid zur Einsicht gebracht. Die Sanierung des Klinikums konnte deshalb 2016 beendet werden. Das in gemeinsamer gemeinnütziger Trägerschaft geführte Krankenhaus Josef-Hospital Delmenhorst wird eine Grund und Regelversorgung und eine maßvolle Spezialisierung vorhalten. Zunächst werden diese stationären Angebote mehrjährig an der Wildeshauser Straße konzentriert (die Einheit des Betriebes wird hergestellt - und damit Betriebsverfassungsrecht gültig für das gesamte Personal).

Nach möglichst in Gänze förderfähigem Neubau in der Innenstadt wird die von den Kassen und der Landesregierung geforderte und unterstützte „Einhausigkeit“ mög-

lichst in der Wahlperiode bis 2021 hergestellt.

Ziel muss sein, die heutigen Qualitätsanforderungen jeweils zu erfüllen, damit das klinische Angebot in den aufkommenden „Kliniknavigatoren“ aus Qualitätsgründen auch mit seinen Leistungen empfohlen werden wird.

Noch mehr als bisher sind stationäres und ambulantes ärztliches Angebot zu vernetzen. Offensiv wird der Ausbau des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Delmenhorst und „umzu“ betrieben.

Für die positive Entwicklung der Stadt sollten einige fachliche Qualifizierungen am neuen JHD stattfinden: für Altersmedizin bedarf es einer geriatrischen Abteilung; eine neurologische Einheit mit angestellten Neurologen wäre wichtig, u.a. für die Behandlung der Schlaganfallpatienten in der „stroke unit“ und für die akut psychisch Kranken wäre eine Akutpsychiatrie am JHD wünschenswert, nachdem die politisch beschlossene Dezentralisierung mit neuer Trägerschaft der Klinik in Wehnen aufgrund neuer Interessenslagen aufgegeben wurde.

Die SPD tritt dafür ein, dass sich KZVN und JHD einigen und einen Kinderärztlichen Notdienst für Delmenhorst und das Einzugsgebiet des Krankenhauses zu auskömmlichen Bedingungen vereinbaren.

Die Initiativen für das Modellvorhaben „Gesunde Stadt“ wird die SPD unterstützen, aber auch Verbindlichkeit für die Hinweise aus dem Projekt für die Stadtplanung herstellen.

6. Umweltpolitik (Stadtentwicklung, Verkehr, Trinkwasser, Energie)



a. Stadtentwicklung

Die Neugestaltung der Innenstadt hat nach langen Verzögerungen mit Markthalle und Marktplatz einen guten Anfang erfahren. Die Modernisierung der Straßen ist in der Umsetzung. Erlebnis- und Aufenthaltsangebote im Öffentlichen Raum wurden teils schon installiert und sind noch zu komplettieren.

Das Einzelhandelskonzept bedarf der Aktualisierung, zumal sich Einkaufen stark verändert hat. Es sollte überprüft werden, ob die bisherige Größe der Fußgängerzone noch zeitgemäß ist.

Des weiteren wollen wir Delmenhorst als „Grüne Stadt am Wasser“ entwickeln und die Gewässer stärker zur Geltung bringen. Vorhandene innerstädtische Deichanlagen sind zu erneuern. Ein innerstädtisches Wasser- und Wanderwegekonzept ist zu entwickeln.

Der Antrag auf Anerkennung eines Sanierungsgebiets westliche Oldenburger Straße wurde aus Gründen der Zweckmäßigkeit eingereicht aber nicht weiter verfolgt. Das Gebiet bedarf der Sanierung, der Antrag ist zu aktualisieren.

Die SPD in Delmenhorst tritt weiter dafür ein, dass Lärmschutz Gesundheitsschutz ist. Die herausragenden Lärmproduzenten sind aufzufordern, ihre technischen Möglichkeiten der Lärmreduzierung zeitnah umzusetzen. Wie in bestimmten Firmengeländen in der näheren Umgebung sollten noch in der nun beginnenden Wahlperiode Güterzüge deutlich leiser laufen und bremsen, ansonsten muss die Stadt für Geschwindigkeitsbegrenzungen gegenüber Land und Bund eintreten, denn mit aufkommender Anzahl der Güterzüge sind die Lärmschutzwände und passiven Maßnahmen an ausgesuchten Wohnungen nicht ausreichend.

Im Bereich der Lärmschutzwände sind die zunehmenden Erschütterungsschäden zu vermeiden. Lärm und Erschütterungen entlang der Bahn sind fortlaufend zu dokumentieren, wie in anderen Regionen der Republik schon lange üblich.



b. Verkehr

Die Delmenhorster SPD wird sich dafür einsetzen, dass Straßen und vor allem Radwege in Zukunft sorgfältiger instandgesetzt oder entsprechend den aktuellen Anforderungen ausgebaut werden. Bezüglich des Radwegenetzes begrüßen wir die Initiative für die Ausweisung innerstädtischer Expressrouten.

Die SPD setzt sich vorbehaltlich einer gesicherten Finanzierung für die Realisierung eines Radschnellweges zwischen Delmenhorst und Huchting ein. Dieser soll langfristig als Basis für einen Radschnellweg Oldenburg – Delmenhorst – Bremen dienen und der stetig zunehmenden Nutzung des Fahrrades auch im Berufsverkehr Rechnung tragen. Soweit es planerisch vertretbar ist, sollen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen Ampelkreuzungen in der Stadt aufgelöst und durch Kreisverkehre ersetzt werden. Sie bieten besseren und mindestens ebenso sicheren Verkehrsfluss, reduzieren Schadstoffausstoß und Verkehrslärm und sind kostengünstiger im Unterhalt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bau der B 212 n zum Herbst 2016 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wird. Der Bau der B 212 n dient unserer Auffassung nach ausschließlich der verbesserten Anbindung der südlichen Wesermarsch an den Großraum Bremen und der Entlastung unserer nördlichen Nachbargemeinden von Durchgangsverkehren. Alle anderen Absichten, die die Stadt Delmenhorst und unsere Nachbargemeinden mit zusätzlichen Verkehren belasten, lehnen wir ab. Weiterhin unterstützen wir die Arbeit der IG B 212 n. Die Mitglieder der IG setzten sich seit mehr als 20 Jahren ehrenamtlich und intensiv für eine für Delmenhorst verträgliche Lösung ein.

Für das Parken in der Innenstadt werden wir beantragen, dass auf ein Parkhaus Am Vorwerk zu verzichten ist.

Das kommunale Parkhaus ist stattdessen durch einen zeitgemäßen Neubau zu ersetzen, der mindestens die gleiche Zahl der momentanen Stellplätze zur Verfügung stellt.. Neubau und Betreiberschaft sind auszuschreiben. Die Gestaltung sollte im Wettbewerb vorgegeben und in seinen Fassadenelementen dem Rathaus sowie dem Stadthaus angepasst werden.

Der erneut der Delbus übertragene Auftrag, den ÖPNV sicherzustellen, wurde von der SPD maßgeblich betrieben. Die Zusammenarbeit mit der BSAG ist wirtschaftlich, weil Doppelvorhaltungen vermieden werden.

Die Planung, Lenkung und Kontrolle des öffentlichen Personen Nahverkehrs hat der Stadtrat dem Zweckverbund Bremen-Niedersachsen übertragen. Ein Beispiel für erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeiten, die hoch spezialisiert erledigt wird. Die noch vorhandenen Doppelstrukturen in der Stadt müssen zugunsten anderer Aufgaben beendet werden.

Im Hinblick auf den demografischen Wandel und die gestiegene Einwohnerzahl unsere Stadt fordert die SPD einen allgemeinen Ausbau des ÖPNV. Konkret ist hier an eine Erhöhung der Taktdichte, Ausdehnung der Betriebszeiten und eine verbesserte Erschließung der Stadtteile gedacht.

Diese Maßnahmen sollen unsere Klimaschutzziele unterstützen und die Verkehrsbelastung durch den Individualverkehr verringern.

Die Maßnahmen des Delmenhorster Lärm-Aktionsplans sind umzusetzen.

Die Delmenhorster SPD fordert die Verwaltung auf, Vorschläge zur Neuordnung des fließenden und ruhenden Verkehrs im Innenstadtbereich zu erarbeiten.



c. Freiraumplanung

In interkommunaler Zusammenarbeit wollen wir - wie bei der Radwegeplanung bereits gelungen - ein Freiraumkonzept für Delmenhorst (ausgenommen die Graft und die Wiekhorner Wiesen) und die Flächen zwischen Bremen und Delmenhorst entwickeln. Dazu gehört auch in angemessenem Umfang die Aufforstung einzelner öffentlicher Flächen.

Das Wolleparkgelände an der Stedinger Straße soll neu für die Nutzung Wohnen und Gewerbe beplant werden.

Das bisherige Klinikgelände an der Wildeshauser Straße wollen wir - unter Einschluss des denkmalgeschützten Höger-Baus - städtebaulich entwickeln. Ein städtebaulicher Wettbewerb erscheint der SPD dafür besonders geeignet. Bedacht werden sollte u.a. der Weiterentwicklungsbedarf (Hörsäle, Veranstaltungsräume, Wohnen für die Gastprofessoren und ihre Familien) des HWKs in unmittelbarer Nachbarschaft.

Die ehemaligen Flächen der Firma Delmod werden einer verträglichen Nachnutzung planerisch zugeführt. Den Zielen der niedersächsischen Landesplanung entsprechend, sollen die regionalen Landschafts- und Freiräume im Verflechtungsbereich Bremen/

Delmenhorst gesichert und weiterentwickelt werden. Wir werden deshalb darauf hinwirken, gemeinsam mit Bremen zu prüfen, inwieweit der große zusammenhängende Freiraum zwischen den beiden Städten zu einem grenzübergreifenden Regionalpark nach dem Vorbild der Länder Berlin/Brandenburg entwickelt werden kann.



d. Trinkwasserversorgung

Die Stadt hatte bisher einen jährlichen Trinkwasserbedarf von rd. 4 Mio. m³. Der Bedarf ist - ausweislich der Antragsaussagen der Stadtwerke - ansteigend auf 4,9 Mio. m³ prognostiziert. Für rd. 1 Mio. m³ muss neue Förderkapazität geschaffen werden. Diese sollte von Anbeginn so ausgelegt werden, dass die derzeitige Zulieferung von Trinkwasser ebenfalls in der Größenordnung bis zu 1 Mio. m³ wieder ortsnah in Delmenhorst beschafft werden kann. Die Forderung der SPD deshalb: In Delmenhorst ist nach wasserrechtlicher Duldung ein Trinkwasserwerk für eine Kapazität von bis zu 2 Mio. m³ jährlich dem mittelfristigen Bedarf entsprechend zu erstellen. Die moderne Trinkwasser-Anlage ist in der Graft auf dem Gelände des ehemaligen Wasserwerks zu errichten. Eine Verordnung zum Einzugsgebiet für die Trinkwassergewinnung ist dem Rat von der Unteren Wasserbehörde zeitnah vorzulegen.

Zwischenzeitlich sind für ein funktionierendes Grundwassermanagement die vorhandenen Trinkwasserbrunnen als solche wieder instand zu setzen oder als Vorgriff auf die Trinkwassergewinnung zu ersetzen.

Im Übrigen wird die SPD beantragen, dass bei Instandsetzungsarbeiten in der Innenstadt an Leitungen, Straßen, Brücken und Radwegen zukünftig jeweils mit bewertet wird, ob eine Kausalität zwischen den Schäden und der eingestellten Trinkwassergewinnung besteht. Besteht eine Kausalität, so ist diese bei der Ermittlung von Anliegerkosten zu berücksichtigen.

Die SPD übernimmt die Fachmeinung: Eine Oberflächenentwässerung in der Graft ist unsinnig, löst die Probleme nicht, zerstört aber die Graft endgültig durch kostenintensive Niveau-Anhebungen u.a. auch dadurch, dass der schon durch die Versumpfung stark reduzierte Baumbestand auch noch überwiegend beseitigt werden muss. Die begonnene „Graftbogenplanung“ bringt mehr Probleme als zukunftsfähige Lösungen und könnte, bei weiterer Bearbeitung, der bereits beschlossenen Trinkwasserförderung in der Graft im Wege stehen bzw. diese Beschlüsse zur Nicht – Umsetzung bringen. Die politischen Gremien haben die Delmenhorster Entwicklungsgesellschaft mit der Umsetzung der Graftbogenplanung beauftragt. Wir treten dafür ein, dass die Planungen eingestellt werden und die immer noch geltenden ersten Planungsaufträge dauerhaft storniert werden.



e. Energie

Energieeffizientes Bauen ist geringfügig teurer, wird aber besonders zinsgünstig gefördert. Zugang zu den Förderbanken stellen allein die Hausbanken sicher. Von der Stadt werden die Banken ersucht, dass die Energieeffizienzprogramme von den Bauherren in vollem Umfang über die Hausbank zugänglich gemacht werden. Bankeninteressen (zum Beispiel an Renditen aus anteiligen hauseigenen Finanzierungen) haben dem Allgemeininteresse gegenüber Nachrang.

In der Stadt werden in Bebauungsplänen Energieeffizienzen zukünftig vorgegeben. Wie ein Bauherr und mit welcher Technik er diese Vorgabe erfüllt, ist seine Angelegenheit.

Energieeffizienz spielt unserer Auffassung nach auch bei der Planung von städtischen Bauvorhaben eine stetig größer werdende Rolle. Dabei ist unwichtig, ob es sich um einen Neubau oder die Sanierung eines vorhandenen Gebäudes handelt. Heute getätigte Ausgaben führen zu sinkenden Energiekosten und damit langfristig zu Einsparungen. Wir werden die Verwaltung nach der Kommunalwahl auffordern, den Sanierungsbedarf zu ermitteln und die einzelnen Maßnahmen entsprechend ihrer Dringlichkeit zu sortieren und zügig auszuführen. Die Aufgabenträger der Straßenbeleuchtung sind verpflichtet, auf Energieeffizienz umzurüsten.

Als weiteren Beitrag unserer Stadt für eine saubere Umwelt wollen wir die elektrische Mobilität auf Grundlage des Klimaschutzgesetzes in Delmenhorst voran bringen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Datensicherheit der IT- und Stromnetze permanent zu gewährleisten, um Missbrauch und Beschädigung der Daten möglichst zu verhindern. Nachzuweisen ist, dass diese Aspekte in Katastrophenschutzpläne der Stadt Eingang gefunden haben. Auch muss dem Rat nachgewiesen werden, wie die Aufrechterhaltung eines Mindestangebots in den Bereichen Informationstechnik und Telekommunikation, Wasserver- und Entsorgung, Lebensmittelversorgung, Gesundheitswesen, Versorgung mit Treib- und Heizstoffen und Notstrom sowie Krisenkommunikation mit der Bevölkerung gewährleistet wird bzw. welche Maßnahmen zur Verbesserung notwendig sind.

Als einen Beitrag zur sauberen Umwelt sehen wir die Elektromobilität. In Delmenhorst werden wir uns dafür einsetzen, dass die Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs, der städtischen Betriebe und der Verwaltung durch Elektrofahrzeuge ersetzt werden.

f. Naturschutz

Im Rahmen der von der SPD zu beantragenden Aktualisierung des Landschaftsrahmenplans aus dem Jahr 1979 unter Berücksichtigung der gegebenenfalls zusätzlichen Raumwertigkeiten nach dem seit 2010 gültigen Ausführungsgesetz des Bundesnaturschutzgesetzes sollen für die gesamte Stadtfläche erneut Flora, Fauna, Habitate,

Biotope (feucht oder trocken) erfasst und unter den höchst möglichen Schutz gestellt werden. Hier sind auch Landschafts- und Naturschutzgebiete genauso zu erfassen und ihre regelmäßige Überprüfung auf Erhalt der Wertigkeit sowie Erweiterungen zu prüfen und umzusetzen. Schützenswerte Landschaftsteile und Bodenwertigkeiten sind unverzichtbare Elemente einer ausgewogenen Bilanz zwischen Bebauungen und Naherholungsgebieten sowie Flächen, die der Natur gänzlich überlassen werden sollten. Sehr bedeutsam für die Artenvielfalt ist der Umgang hier vor Ort mit der Ressource Natur und Umwelt. Unser Einsatz für den Erhalt und den Ausbau von freier Landschaft geht alle etwas an und muss gemeinsam mit den Naturschutzverbänden zu einer nachhaltigen Entwicklung in Verbindung mit sanfter Bebauung vor Ort beitragen.



g. Biotope

Die vorhandenen Biotope im Gebiet der Stadt Delmenhorst müssen untersucht und festgeschrieben werden, um in zukünftigen Bebauungswünschen und Baugebieten weiterhin ihrer Wertigkeit entsprechend erhalten zu werden. Diese vorhandenen Kleinode müssen auch zukünftig für die Naherholung der Delmenhorster uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

7. Sicherheit und Ordnung



Zusammen mit der Polizei sollen für Delmenhorst Vorsorgekonzepte regelmäßig abgestimmt und durchgeführt werden. Dabei werden Hinweise aus den Stadtteilkonferenzen einbezogen. Präsensschwerpunkte durch Polizei und Streetworker sind jeweils neu zu definieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Aussendienstbeschäftigten der Ordnungsbehörden neben der Überwachung des ruhenden Verkehrs auch für Sicherheit und Ordnung sorgen sollen.

Die SPD wird den kriminalpräventiven Rat weiterhin unterstützen.

Die Maßnahmen für Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt, besonders am Bahnhof müssen fortgesetzt und ausgebaut werden.

8. Bildung, Kultur, Sport



Trotz knapper Mittel muss in Bildung (als Gemeinschaftsaufgabe) mehr investiert werden, und nicht nur, weil zugezogene Mitbürger auch in die Bildungsangebote drängen. Das derzeitige Kooperationsverbot muss aufgehoben werden. Wie bei den Hochschulen bedarf es auch bei der allgemeinen Bildung ab Kita bis zum Ende von Oberstufe oder schulischen Berufsausbildungen einer gemeinschaftlichen Mittelfristplanung. Dabei sind die persönlichen Ressourcen ebenso wichtig, wie die infrastrukturellen.



a. Kita und Schule

Die inklusive Kita- und Schulentwicklungsplanung muss aufgrund veränderter Nachfragen oder sich verändernder Einwohnerzahl mehrfach im Jahr erneuert werden. Kitas, allgemeinbildende und Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden, nicht nur mit Beginn des Schuljahres, schulpflichtige bzw. Anspruchsberechtigte aufzunehmen. Wenn auch vorübergehend in Vor- bzw. Eingewöhnungsklassen bzw. -gruppen. Vorhandene Schulen sind an mindestens vier Tagen der Woche als gebundene Ganztagschulen zu betreiben. Dies gilt insbesondere für die Grundschulen. Wir wollen ein vielfältiges Wahlangebot in den Grundschulen bis 17.00 Uhr. In Kooperation mit Bildungsträgern und Vereinen können den Schülerinnen und Schülern tolle und wertvolle Angebote gemacht werden.

Der erkennbare zusätzliche Bedarf an Schulangeboten muss zu einem sofortigen Neuantrag einer zweiten IGS führen.

Im Übrigen erscheint der SPD das berufsfachschulische Angebot (z.B. Erzieher, Altenpfleger, Techniker) nicht mehr bedarfsgerecht. Dazu muss es eine Überprüfung geben und im Falle des Bedarfs eine umgehende Nachrüstung des Angebots.

Über die Kindergärten hinaus brauchen wir in Delmenhorst ein umfassendes Angebot im Bereich Sprachförderung. Insbesondere die hier lebenden Flüchtlinge jeden Alters brauchen als wichtigsten Baustein einer guten Integration gute Sprachförderung durch Kitas, Schulen oder Volkshochschule.

Für alle Schulen fordern wir, dass sie modernisiert und saniert werden. Vordringlich müssen die Turnhallen und Sanitärbereiche an allen Schulen wieder in Schuss gebracht werden.

Der Schulentwicklungsplan der Stadt Delmenhorst muss zeitnah und transparent weiter fortgeführt werden unter Einbeziehung der neuesten Bevölkerungsprognose. Delmenhorster Kinder und Eltern müssen eine verlässliche Entscheidungsgrundlage für den weiteren Bildungsweg finden können, die ihnen aufzeigt, in welcher Weise sich die Delmenhorster Schullandschaft in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird. Die vorhandene Beschlusslage zur IGS muss im Rahmen der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt und zeitnah umgesetzt werden.

Sollte das Gesetz zur Zusammenführung der pflegerischen Ausbildung (Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege) trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken den Bundesrat passieren und veröffentlicht werden, so wird die SPD dafür eintreten, dass die bisherigen Ausbildungsträger sich sofort zusammenfinden, um eine Zukunftskonzept zu entwickeln.

Die von der SPD initiierte Schulsozialarbeit hat sich bewährt und muss fortgeführt werden. Die Schulsozialarbeiter müssen befähigt werden, neben Angeboten an alle Schüler und Schülerinnen, auch Einzelberatungen den Schülern und Schülerinnen an-

zubieten.



b. Sportförderung

Sport ist die beste Sozialarbeit, deshalb wird die SPD auch in Zukunft unter Beachtung des bisherigen Fördermodells die Jugendarbeit in den Sportvereinen fördern und ausbauen.

Die Sporthallen sollen den Sportlerinnen und Sportlern schnellstmöglich wieder zur Verfügung stehen. Sporthallen sind angemessen zu renovieren, Sportanlagen leistungsgerecht auszubauen.

Es muss verstärkt dafür gesorgt werden, dass möglichst alle Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit das Schwimmen erlernt haben.



c. VHS

Neben lebenslangem Lernen als Erwachsenenbildung und politischer Bildung obliegt es der VHS seit einiger Zeit in Delmenhorst neue Aufgaben wahrzunehmen:

1. Für Schüler und Schülerinnen werden „Feriencamps“/„Sommerschulen“ u.ä. angeboten. Diese Maßnahmen sind auszubauen. Kinder und Jugendliche ohne Zugang zum Nachhilfemarkt müssen in erlebnispädagogischer Umgebung ihre schulischen Defizite ausgleichen und wieder schulisch Anschluss finden, um zu den angestrebten Abschlüssen zu gelangen. Ohne einen Abschluss gibt es weder eine Aussicht auf einen auskömmlichen Arbeitsplatz, noch auf einen Ausbildungsplatz

2. Die von den Förderstellen (Jobcenter, Jugendamt) in einem Förderstreit erschwerten Angebote der langjährigen und bewährten „Jugendwerkstatt“ müssen nachhaltig überwunden werden. Jugendwerkstätten müssen alle Jugendliche befähigen, am Arbeitsmarkt mindestens Anforderungen zu erfüllen. Die SPD ist für eine Ausweitung des Angebots „Jugendwerkstatt“

3. Als zertifizierter Bildungsträger bietet die VHS Integrationskurse an und stellt mit sicher, dass die Integration der Zuwanderer gelingen kann. Diese bedürfen der bedarfsgerechten Ausweitung. Gleichzeitig müssen die Kostenträger aufhören, Qualitätsanforderungen zu formulieren, die sie nicht auskömmlich bezahlen wollen.

Der Wettbewerb über den Preis lässt die Bildungsträger Ausschreibungen gewinnen, die am cleversten prekäre Arbeit für gut ausgebildete Fachkräfte organisieren können. Endlich muss in den bundesweiten Ausschreibungen von den Bundesbehörden Tariflohn und reguläre Beschäftigung mit zum Qualitätskriterium werden. Die SPD fordert die Bundespolitik auf, endlich damit Schluss zu machen, dass in der immer wichtiger werdenden Erwachsenenbildung Lohndumping und spätere Altersarmut in Kauf genommen werden müssen.

Wenn die VHS Delmenhorst mit anderen in der Region interkommunal kooperieren will und kann, so wird dies von der SPD unterstützt.

Angeichts der Wichtigkeit der VHS für die soziale Inklusion in Delmenhorst ist die SPD bereit, bei wirtschaftlicher Haushaltsführung und sparsamem Umgang mit den öffentlichen Mitteln gegenüber der VHS Delmenhorst die Patronatserklärung aus der

Zeit der Umwandlung in eine stadteigene GmbH zu wiederholen.

Die SPD wird in der Wahlperiode erneut dafür werben, die VHS nach ihrem Begründer Wilhelm Schroers zu benennen.



d. Kulturelles Angebot

Durch Bereitstellung angemessener öffentlicher Mittel müssen die kulturellen Einrichtungen (Kleines Haus, Stadtmuseum, Industriemuseum, Haus Coburg, Musikschule, Volkshochschule, Bücherei, Jugendkunstschule, Stadtarchiv) befähigt werden, anteilig aus Eigenmitteln mit zu finanzierende Drittmittel einzuwerben. Ohne Eigenmittel ist der Zugang zu Drittmitteln meist ausgeschlossen.

Die SPD wird in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen für die Kulturangebote der Stadt - und ihren zivilgesellschaftlichen Beiräten - dafür Sorge tragen, dass die Balance zwischen dringend notwendigen Eigenmitteln und der Finanzierung der Programme aus Drittmitteln mehr als bisher Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Musikschule, ursprünglich eine sozialdemokratische Initiative, muss in ihrem Bestand gesichert werden. Dies kann nur geschehen, wenn aus sozial gestaffelten Beiträgen nur ca. 50 % der jährlichen Kosten finanziert werden müssen. Die SPD begrüßt, dass der Rat diese Finanzformel für die Musikschule wieder aktiviert hat.

Kulturelle Angebote (z.B. Museen) müssen auch am Wochenende geöffnet sein.

Zu den Aufgaben der Delmenhorster Wirtschaftsförderungsgesellschaft und des Stadtmarketings sollte gehören, auch überregional für die kulturellen Angebote der Stadt zu werben.



e. HWK

Wir sind stolz auf unser Hanse –Wissenschaftskolleg!

Das HWK in Delmenhorst ist eine wissenschaftliche Exzellenz-Einrichtung und gleichzeitig durch vielfältige Publikationen ein Werbeträger für die Stadt. Zusätzlich nimmt das HWK durch seine öffentlichen und meist überfüllten Vortragsveranstaltungen einen wichtigen Bildungsauftrag in der Stadt wahr.

Eine bessere Vernetzung mit den Schulen der Region ist erforderlich, um mehr jugendliche Zuhörer für die kostenlosen wissenschaftlichen Vorträge und Diskussionsrunden zu gewinnen.

Das HWK hat durch seine erweiterte Aufgabenstellung mehr Platzbedarf, als derzeit. Das Angebot für Fellows, für postgraduierte Doktoranten, die interdisziplinären höchstqualifizierten Tagungen setzen voraus, dass das HWK mittelfristig mehr Veranstaltungsraum und mehr Wohnangebote machen muss.

Wir unterstützen es auch mit Nachdruck in allen Erweiterungsplänen.



f. Fachhochschule

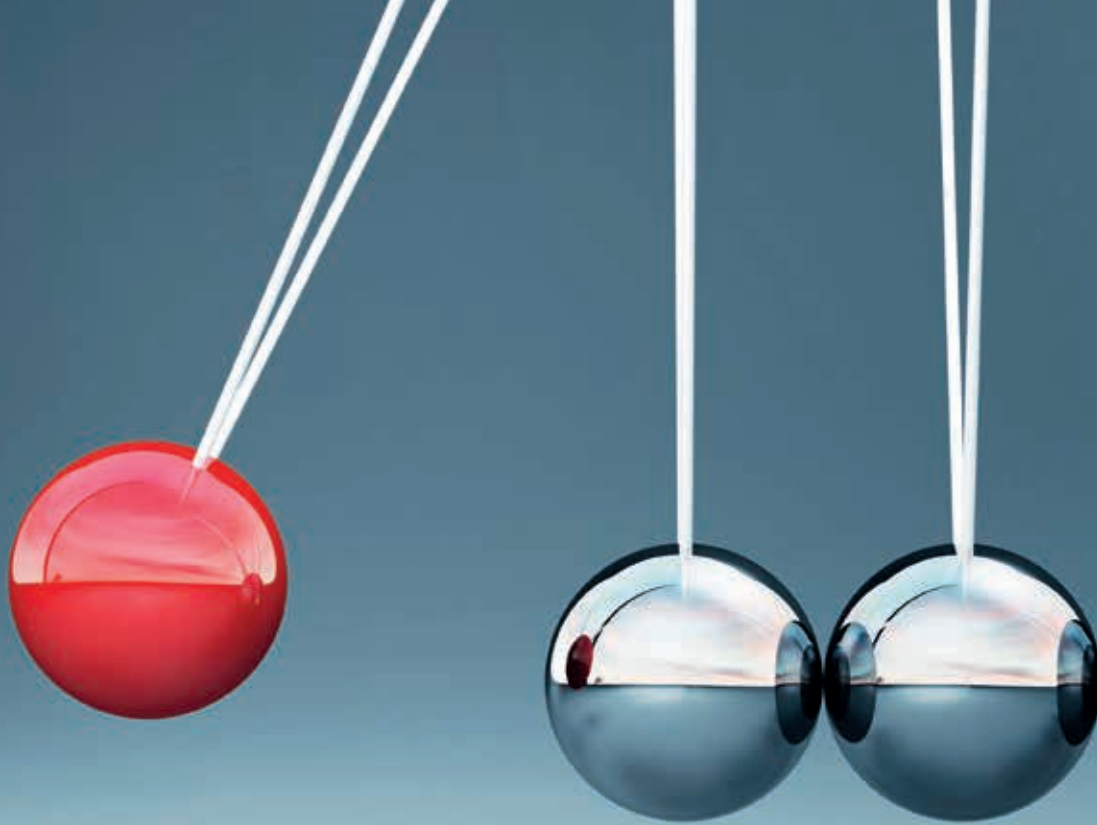
Auf der Nordwolle befindet sich der Standort der Fachhochschule Hamburg für Gesundheitsberufe. Dort werden für diverse Berufe der Gesundheitswirtschaft Bachelor und Master ausgebildet. Die SPD tritt dafür ein, diesen Standort in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule weiter auszubauen, um noch mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, in Delmenhorst einen akademischen Abschluss zu erreichen.

Notizen

[illegible]

Notizen

[illegible]



SPD

Wir bewegen was.

SPD Delmenhorst

Gabi Baumgart, Tel. 0 42 21-1 52 12 11

buero.delmenhorst@spd.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts